



Zu teuer: Johannesberg verlässt den Zweckverband

Gemeinderat: Aus für Kommunale Verkehrsüberwachung

Johannesberg Eine Rechnung über 7700 Euro hat der Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung Untermain der Gemeinde Johannesberg für seine Arbeit im Jahr 2007 geschickt - über 4000 Euro mehr als in den Jahren davor. Zu viel, meinte der Gemeinderat in seiner Sitzung am Mittwoch und beschloss den Austritt aus dem Verband.

Als Hauptgrund für die drastische Erhöhung nannte Alexander Sauer, Geschäftsleiter der Gemeindeverwaltung, dass der Zweckverband im vergangenen Jahr an sechs Wochen nicht gemessen hat und folglich in dieser Zeit keine Verkehrssünder zur Kasse gebeten werden konnten. Die Verwaltungskosten hätten sich freilich auch erhöht, meinte Sauer.

"Es war noch nie unser Ziel, mit der Verkehrsüberwachung Gewinn zu machen", sagte Bürgermeister Peter Zenglein (CSU). Vielmehr sollten die Straßen sicherer werden. Doch das Defizit jetzt sei "erschreckend". Ottmar Stein (CSU) ist "die Abzocke beim Parkverkehr in den Nebenstraßen" schon seit geraumer Zeit in Dorn im Auge. Er stimmte dem von der Fraktion Johannesberg Aktiv (JA) unterbreiteten Vorschlag zu, mobile Geschwindigkeitsmessgeräte aufzustellen, die je nach Tempo ein lachendes oder ein grimmiges Leuchtgesicht zeigen.

"Vielleicht gibt's eines umsonst, wenn wir drei kaufen", sagte Zenglein. Seiner Meinung nach reicht ein "Smiley" allein nicht aus. Michael Müller (Freie Wähler) gab sich nicht sehr angetan von der Idee mit den Leuchtgesichtern: "Ich glaube nicht, dass das die Leute beeinflusst. Die Menschen sind für Strafen sensibler." Bei Müllers Gegenstimme beschlossen alle anderen Räte, Angebote für den Kauf von zwei mobilen Messgeräten und die Miete eines dritten Geräts einzuholen.

Keine Verkehrszählung Der Austritt aus dem Zweckverband bedeutet aber nicht, dass Raser in Johannesberg nun ungestraft davonkommen. Die Gemeinde arbeitet weiterhin mit der Polizei zusammen. Diese soll künftig an Gefahrenstellen wie in der Schulstraße das Tempo der Fahrzeuge messen, beschloss das Gremium einstimmig. Eine Verkehrszählung hingegen, wie es sich ein Anwohner der Schulstraße wünscht, lehnte es geschlossen ab.

Die Straßen im Ort beschäftigten den Gemeinderat auch bei den meisten anderen Tagesordnungspunkten. Dabei ging es hauptsächlich um Baufragen. Vertreter der Ingenieurbüros Jung und Wilz stellten ihre Entwürfe vor. Der Rat war einverstanden mit dem Plan des Büros Jung für den Austausch des Abwassersammlers in der Rückersbacher Straße. Die Arbeiten sind mit 250 000 Euro veranschlagt und sollen im Frühjahr beginnen.

Die Frankenstraße soll vom Feuerwehrhaus bis zur Einmündung der Kapellenstraße nach den Plänen von Wilz neu gestaltet werden, wenn möglich ab März 2009. Die Kosten für Bordsteine, Gehwege, Grünflächen und Straßenbeleuchtung muss die Gemeinde übernehmen, während der Kreis für Fahrbahn, Schrammborbe und Stützmauern zuständig ist.

An mehreren Stellen sind Eingriffe auf Privatgrund nötig. Es werde "mit Hochdruck" verhandelt, sagte Planer Hubert Wilz. Sobald alle Betroffenen zugestimmt haben, gehen die Pläne zur Genehmigung an die Regierung von Unterfranken.

Abgespeckte Version Auf Wunsch von Michael Rosner, dem heutigem Altbürgermeister und damaligen Bürgermeister, hat das Büro Wilz seinen Entwurf für die Neugestaltung der Lindenstraße - der in einer früheren Ratssitzung bereits abgesehnet wurde - um alles abgespeckt, was nicht unbedingt notwendig ist und die Kosten erhöhen würde. Für den ersten Bauabschnitt, der voll ausgebaut werden soll, veranschlagen die Planer nun 134 000 Euro, für Abschnitt zwei, für den lediglich Unterhaltsarbeiten fällig werden, 35 000 Euro.

Noch immer nicht geklärt ist, inwieweit die Baufirma Trautmann für Schäden im zweiten Bauabschnitt regresspflichtig gemacht werden kann. Der Rat beschloss, die Straße wenigstens so weit ausbessern zu lassen, dass sie winterfest ist und sich keine großen Wasserpfützen und Eisflächen mehr vor den Häusern bilden. mel

Erscheinungsdatum: 19.09.2008

Copyright: © 1996-2008 Verlag und Druckerei Main-Echo GmbH & Co. KG

Alle Rechte der Internetseiten des Main-Echo-Verlages dürfen ausschließlich für den persönlichen Bedarf genutzt werden. Unautorisiertes Kopieren, Vervielfältigen oder Verändern ist in jeglicher Form auf jedem Medium verboten.

Der Verlag übernimmt keine Haftung für die Vereinbarkeit der Inhalte mit rechtlichen Bestimmungen außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland. Der Verlag übernimmt keine Haftung für Zugangsmöglichkeit, Zugriffsqualität und Art der Darstellung.

Der Verlag ist nicht verantwortlich für die von Usern vorgenommenen Eintragungen sowie für die Inhalte der Seiten, zu denen aus dem Online-Angebot des Verlages heraus verlinkt wird.